

## **Antworten von MdEP Daniel Freund auf die Fragen der Schüler\*innenschaft der Gesamtschule Volksgarten in Mönchengladbach**

### **Was können Sie und Ihre Fraktion im Europäischen Parlament bewegen, um die soziale Gerechtigkeit in der EU zu stärken und sicherzustellen, dass soziale Standards und Arbeitsbedingungen europaweit verbessert werden?**

Mehr als 100 Mio. EU-Bürger\*innen in der EU leben unterhalb der Armutsgrenze. Über die Hälfte der Menschen haben in den letzten Jahren real an Einkommen verloren (die Lebenshaltungskosten stiegen schneller als die Einkommen). Es wird Zeit, dass sich das ändert. Wir Grüne wollen deshalb u.a. rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards. Niemand sollte in der EU in Armut leben.

Wir haben in den letzten 5 Jahren bereits einiges erreicht. Wir haben einen EU-weiten Mindestlohn beschlossen. Haben die Rechte von Plattform-Arbeiter\*innen gestärkt und haben dem Gender Pay Gap den Kampf angesagt. Frauen in der EU verdienen im Schnitt immer noch knapp 13 Prozent weniger als Männer, in Deutschland sogar rund 18 Prozent. Wir Grünen haben mit der Richtlinie zur Lohntransparenz dafür gesorgt, dass Unternehmen künftig die Bezahlungsunterschiede offenlegen und begründen müssen.

In den nächsten 5 Jahren haben wir vieles vor. Wir werden den europäischen Sozialversicherungsausweis voranbringen, der die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessert und entbürokratisiert. Denn wir wollen, dass EU-Bürger\*innen tatsächlich in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können – und Lücken in den Leistungen geschlossen werden. Wir kämpfen auch für gute Arbeit zu fairen Bedingungen. Deshalb setzen wir uns für die konsequente Umsetzung der europäischen Mindestlohnrichtlinie ein – und für die Stärkung von Tarifbindung und Betriebsräten in ganz Europa.

### **Wie werden Sie die EU-Sozialpolitik verbessern, um die Lebensqualität der Bürger in Mönchengladbach zu erhöhen?**

Europa darf kein Nullsummenspiel sein. Wir stärken unsere Gemeinschaft dann, wenn wir in ganz Europa miteinander solidarisch sind. Wir wollen mit einer klimaneutralen Wirtschaft unseren Wohlstand sichern und ausbauen. Und wir wollen dafür sorgen, dass dieser Wohlstand bei allen ankommt, vor allem bei denjenigen, die ihn erarbeiten. Die Menschen in Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können, der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt. Dazu wollen wir europaweit verbindliche Mindeststandards – für faire Löhne und starke Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung, für gerechte Arbeitsbedingungen: das heißt konkret einen Mindestlohn von 14 € in Deutschland.

Mittel- und langfristig profitieren vor allem Menschen mit wenig Einkommen von kostengünstigen erneuerbaren Energien. Damit wirklich alle die Modernisierungskosten stemmen können, wollen wir mit Förderinstrumenten wie dem Klimasozialfonds Menschen mit geringem Einkommen stärker unterstützen und durch öffentliche Investitionsprogramme vor allem im Gebäudesektor und in der Mobilität gezielt entlasten. Beispielsweise durch ein Europaweites 49-Euro Ticket oder durch Förderungen beim Einbau von Wärmepumpen und der Installation von Solaranlagen. Finanziert werden soll dies mit Einnahmen aus dem

Emissionshandel. Außerdem wollen wir schnellstmöglich ein Klimageld einführen und damit besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten, die ohnehin weniger CO2 produzieren. Diese Maßnahmen helfen dem Klima und sie helfen den Menschen in ganz Europa - auch in Mönchengladbach.

### **Wie stehen Sie zu einer EU-Rente und einem EU-Mindestlohn?**

Auch Dank uns Grünen wurde in der laufenden Wahlperiode die EU-Mindestlohnrichtlinie beschlossen. Das besondere dabei ist, dass der Mindestlohn nicht für die gesamte EU gleich hoch ist. Die Mitgliedstaaten sollen den gesetzlichen Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln und damit armutsfest gestalten. Dadurch orientiert sich der Mindestlohn an den Lebensverhältnissen der jeweiligen Staaten. Für Deutschland würde das einen Mindestlohn von 14 Euro für das Jahr 2024 bedeuten.

### **Die Strompreise ziehen an, was ist denn eine gute, alternative Möglichkeit zur Kernenergie? Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt nicht hinterher, stattdessen greifen wir noch immer auf Kohle und Gas zurück, die die Umwelt deutlicher belasten als die Kernenergie.**

Seit einem Jahr ist Atomkraft in Deutschland Geschichte. Das bedeutet in erster Linie: Keine Bedrohung durch atomare Unfälle mehr, keine neuen Jahrtausende strahlende Atomabfälle mehr, keine Abhängigkeit mehr von russischen Uranimporten und keine Angst mehr vor Ausfall von Kühlwasser. Außerdem haben wir eine Menge Geld gespart: Der Bau und die Instandhaltung von Atomkraftwerken führen zu ausufernden Kosten - für einen neuen Meiler in Großbritannien werden mittlerweile zweistellige Milliardenbeträge fällig.

Seit dem Atomausstieg ist der Börsenstrompreis gesunken. Im März 2023 lag der durchschnittliche Börsenstrompreis bei 100 Euro. Im Mai, dem ersten Monat nach dem Ende der Stromproduktion durch deutsche AKWs, fiel er auf 77 Euro. Der durchschnittliche Preis im Jahr 2023 lag mit 92 Euro deutlich unter dem des Jahres 2022 (231 Euro) und etwas unter dem des Jahres 2021. Die Abschaltung der AKWs hat nur einen minimalen Einfluss auf den Strompreis, da dieser von anderen Faktoren, insbesondere der erhöhten Stromproduktion aus kostengünstigen erneuerbaren Energien, überlagert wird.

Wir setzen voll auf Wind- und Solarenergie. Erneuerbare Energien sind günstiger, schützen das Klima, sorgen für Versorgungssicherheit, machen uns unabhängig von fossilen und nuklearen Importen. Das beweisen auch die Zahlen aus dem letzten Jahr: Seit dem Atomausstieg ist der Strom in Deutschland immer klimafreundlicher geworden. Inzwischen stammen rund 55 Prozent unseres Stroms aus klimafreundlichen Erneuerbaren. Gleichzeitig lag die Kohleverstromung 2023 auf dem historischen Tiefstand seit 1965. Beim Vergleich der Produktionskosten von Strom sind Wind- und Sonnenenergie dem Atomstrom weit überlegen: Die Kosten, um eine Kilowattstunde Strom zu erzeugen, sind bei der Atomkraft rund viermal so hoch. Regelmäßig explodieren die Kosten überall dort, wo AKW noch gebaut werden. Deshalb finden sich weltweit auch kaum noch Investoren für diese teure und gefährliche Technologie.

Auf europäischer Ebene werden wir den Ausbau Erneuerbarer weiter beschleunigen. Durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien europaweit sorgen wir für eine unabhängige und günstige Stromversorgung und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. In der Stromerzeugung wollen wir in Europa bis 2035 klimaneutral sein.

**Was können Sie und Ihre Fraktion im Parlament der EU bewegen, so dass unsere technische Ausstattung hier in der Schule besser wird? Es kommt der Eindruck auf, dass das Politikern nicht wichtig erscheint.**

Die technische Ausstattung an Schulen muss endlich grundlegend verbessert werden. Das fordern wir auf Bundesebene schon lange und deshalb planen wir den Digitalpakt 2.0 für das Lernen in der digitalen Welt. Unser Ziel sind Schulen auf der Höhe der Zeit. Dafür wollen wir den Mittelabruf beim laufenden Digitalpakt Schule beschleunigen und vor Ort Service-, Beratungs- und Vernetzungsangebote schaffen. Denn häufig sind Gelder für technische Anschaffungen verfügbar, doch sie werden nicht abgerufen oder es fehlt das Personal für Schulungen. Mit einem Digitalpakt 2.0 werden wir die nachhaltige Neuanschaffung von Hardware, den Austausch veralteter Technik sowie die Gerätewartung und Administration anpacken und Lehren aus dem ersten Digitalpakt ziehen.

Auf europäischer Ebene lässt sich in dem Bereich Bildung nur begrenzt viel bewegen, denn Bildungspolitik ist Ländersache. Die EU hat hier aber eine Förderungsfunktion, d.h. die EU ergänzt und unterstützt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und leistet erhebliche finanzielle Unterstützung für die Digitalisierung der Schulen. Zu diesem Zweck nutzt sie verschiedene Instrumente, um die digitale Bildung zu stärken. Auch hier ist ein häufiges Problem: Das Geld, das die EU bereitstellt, wird zu selten abgerufen und das Geld kommt nicht richtig an.

Als Mitglied des Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments werde ich mich dafür einsetzen, dass EU-Gelder sinnvoll und effizient eingesetzt werden. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Fördergelder der EU an den Schulen ankommen und dass die Digitalisierung weiter vorangetrieben wird.

**Können Sie uns erklären, warum die Regierung rund 12 Milliarden Euro jährlich in Entwicklungshilfe investiert, während hierzulande Probleme bestehen, den Haushalt nicht zu sehr zu überziehen? Sollte nicht gerade dort eingespart werden?**

Deutschland existiert nicht in einem Vakuum. Unser außen- und entwicklungspolitisches Engagement ist in unserem ureigenen Interesse. In der heutigen globalisierten Welt können Krisen und Konflikte, auch wenn sie Tausende Kilometer entfernt sind, Auswirkungen auf unser Leben haben: Sie können für steigende Energiepreise sorgen, Lieferketten und damit unsere Versorgung unterbrechen oder Flucht und Vertreibung mit sich bringen – und damit Menschen, die vor Krieg und Verfolgung Schutz in Europa suchen.

Besonders Deutschland als Exportnation ist auf Frieden und eine stabile internationale Ordnung angewiesen und hat davon in den letzten Jahrzehnten profitiert. Insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass unser Frieden verletzlich ist, unsere Freiheit kostbar und unsere Sicherheit nicht selbstverständlich. Frieden, Freiheit und auch Wohlstand erwachsen nicht aus Abschottung, sondern nicht zuletzt aus unserem internationalen Engagement. Viele der großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global lösen.

Die großen Krisen, mit denen wir es zu tun haben, sind alle miteinander verwoben. Wenn es uns beispielsweise nicht gelingt, die Erderwärmung zu stoppen, trifft das alle, auch uns - aber die Menschen in den Entwicklungsländern am härtesten. Schon jetzt gibt es

Ernteauffälle von mehr als 20 Prozent in Subsahara-Afrika. Diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam lösen. Entwicklungshilfe ist kein Bereich, in dem wir sparen sollten - schon allein deswegen, weil wir den Klimawandel nicht in Deutschland allein, sondern eben global bekämpfen müssen. Es gibt viele Bereiche, bei denen man besser sparen könnte: klimaschädliche Subventionen streichen, Steuervergünstigungen für Superreiche streichen und Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrug mit EU-Geldern besser bekämpfen. Wir können auch auf der Einnahmenseite deutliche Fortschritte machen: So fordere ich schon lange, dass Großkonzerne in der EU auch endlich Steuern zahlen müssen.

### **Wie planen Sie die Asylpolitik zu gestalten, um eine humane und gerechte Behandlung von Asylsuchenden zu gewährleisten?**

2023 haben wir einen Höchststand von mehr als 110 Millionen Menschen auf der Flucht erreicht. Während der Großteil vertriebener Menschen in Nachbarländern Zuflucht findet, machen sich in den letzten Jahren trotzdem auch steigende Ankunftsahlen in Europa bemerkbar. Deutschland ist eines der größten Aufnahmeländer in Europa. In einigen Kommunen sind die Ressourcen für eine angemessene Unterbringung, Versorgung und Integration knapp und müssen gestärkt werden. Wir setzen auf schnellere Verfahren, geordnete und legale Alternativen sowie funktionierende Migrationsabkommen, die auch eine Rücknahme abgelehnter Schutzsuchender beinhalten.

Europa braucht Migration. Allein in Deutschland fehlen jährlich 400.000 Fach- und Arbeitskräfte und in vielen anderen EU-Ländern sieht es nicht besser aus. Deswegen setzen wir uns in der EU dafür ein, dass diejenigen, die hier arbeiten wollen, einfachere Möglichkeiten haben, eine Arbeit in der EU aufzunehmen

Wir treten für das Menschenrecht auf Asyl in der EU ein. Eine geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um menschenunwürdige und chaotische Verhältnisse zu beenden. Viele EU-Mitgliedsstaaten kommen ihrer Verantwortung nicht ausreichend nach. Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Alle Mitgliedstaaten müssen sich einbringen - durch die Aufnahme Schutzsuchender oder finanzielle Unterstützung. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die besonders viele Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell entlastet werden. Geltendes europäisches Recht muss eingehalten und durchgesetzt werden.

Wir setzen uns für Humanität und Rechtsstaatlichkeit an den Außengrenzen ein, für Seenotrettung, für menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen, Spurwechsel und sichere Rückführungen. Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen und Schlepperei unterbinden.

### **Das Correctiv-Magazin berichtete im Januar über Remigrationspläne in Verbindung mit der AfD.**

#### **Muss ich mir als Mensch mit Migrationshintergrund Sorgen machen, dass man mich in das Herkunftsland meiner Eltern zurückbringt?**

Die Pläne, die in der Correctiv-Recherche offenbart wurden, sind ein Angriff auf unser Grundgesetz und auf die Werte unserer Gesellschaft. Nicht nur wird das Asylrecht faktisch

gänzlich infrage gestellt, sondern auch die vollkommen willkürliche Ausweisung von Menschen aufgrund einer vermeintlich falschen Herkunft, ‚Hautfarbe‘ oder politische Einstellung gefordert. Das ist absolut menschenverachtend. Die mutmaßlich gewaltvolle Ausweisung soll auch vor Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren, nicht halt machen. Diese Pläne sind als konkreter Angriff auf demokratische Grundprinzipien und eine konkrete Gefahr für geflüchtete Personen zu verstehen, sie sind vollkommen inakzeptabel.

Als Demokrat\*innen können wir nicht hinnehmen, dass solche Pläne geschmiedet werden, die die liberale Demokratie als solche infrage stellen. Hier muss sich die Demokratie in Deutschland, aber auch in Europa wehrhaft zeigen. Sollte diese menschenverachtende Ideologie von einer Partei - in diesem Fall der AfD - systematisch vorangetrieben werden, dann muss das auch Gegenstand eines möglichen Verbotsverfahrens gegen die Partei sein. Ich mache mich auf europäischer Ebene stark dafür, dass unsere Demokratie sich endlich gegen ihre Feinde wehrt. So konnte ich durchsetzen, dass dem rechten ungarischen Regierungschef Viktor Orban Milliardenzahlungen aus Brüssel eingefroren wurden, weil unter seiner Regierung Grundrechte und Rechtsstaat massiv verletzt wurden.

**Wären Abschiebung von Menschen, die kein Asyl erhalten haben, nicht notwendig? Sollten ausländische Kriminelle nach Verbüßung Ihrer Strafe in Ihre Herkunftsländer abgeschoben werden?**

Nicht jede\*r, der\*die nach Deutschland kommt, kann bleiben. Aber jede\*r hat Recht auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Menschen, die dann nach individueller und sorgfältiger Prüfung kein Aufenthaltsrecht erhalten und bei denen keine Hindernisse für eine Rückführung vorliegen, müssen zurückkehren. Rückführungen müssen dabei in jedem Fall nach rechtsstaatlichen Kriterien erfolgen und stets den Schutz vulnerabler Gruppen, insbesondere von Familien und Kindern, sicherstellen. Daher setzen wir uns für eine umfassende und unabhängige Beratung und Unterstützung ein, um weitere Traumata der Geflüchteten zu vermeiden. Ausländische Kriminelle, deren Asylantrag abgelehnt wurde und bei denen keine Hindernisse zur Rückführung vorliegen, müssen zurückgeführt werden.

**Was gedenken Sie und Ihre Fraktion für den Ausbau von Schulen und die Beseitigung der vielen Mängel zu tun? Unsere Schule wartet seit Jahren vergeblich auf Gelder. Die Heizungen sind uralte, die Räume und die Ausstattung mehr als überholt. Die technische Ausstattung ist veraltet und kaum vorhanden.**

Bund und Länder haben sich im April 2024 auf das größte je dagewesene bildungspolitische Programm für Schulen geeinigt, das sogenannte „Startchancen-Programm“. Mit dem Startchancen-Programm werden wir gezielt Schüler\*innen Perspektiven eröffnen und Schulen modernisieren. Wir setzen mit dem Programm eine langjährige grüne Forderung um, die wir bereits in der vergangenen Wahlperiode in einem Antrag in den Bundestag eingebracht hatten.

Dafür investieren Bund und Länder insgesamt 20 Milliarden Euro über eine Laufzeit von zehn Jahren. Damit werden zunächst zum Start des Schuljahres 2024/25 mindestens 1.000 und mittelfristig ca. 4.000 Schulen bundesweit gefördert. Das Startchancen-Programm ist ein Paradigmenwechsel: Erstmals wird ein Großteil von Mitteln des Bundes zielgerichtet nach sozialen Kriterien („Sozialindex“) an die Länder verteilt, anstatt über den sogenannten

„Königsteiner Schlüssel.“ Damit erhalten gerade die Länder mehr Gelder, die einen besonders hohen Bedarf haben. Auch innerhalb der Länder werden die Schulen dann nach sozialen Gesichtspunkten ausgewählt, aufbauend auf teilweise bestehenden Sozialerhebungen der Länder.

**Die Linke spricht sich für eine gemeinsame Gesundheitspolitik auf Ebene der Europäischen Union und ein System einer gemeinsamen Krankenversichertenkarte aus. Wie stehen Sie und Ihre Fraktion zu diesem Vorschlag?**

Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen.

Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger\*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in der EU – einschließlich direkter Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.